

Verwaltung & Management

Zeitschrift für moderne Verwaltung

Öffentliche Aufgaben ■ E-Government ■ Finanzen und Rechnungswesen ■
Führung und Strategie ■ Public Governance ■ Organisation ■ Personalmanagement

Aus dem Inhalt

Olaf Winkel

Entwicklungslinien, Handlungsfelder und
widerstrebende Handlungsimperative der
Digitalisierung in Staat und Verwaltung

Patrick Eckner

Die Eckwerte des Regierungsentwurfs des Bundeshaus-
haltes für 2019 und der Finanzplan bis 2022

Christian Bauer/Rahel Schomaker

Public Private Partnerships aus Sicht der Verwaltung

Axel Thomas

Technologiezentren in der Aachener Region –
Retrospektiven und Perspektiven

www.verwaltung-management.de



Nomos

3 | 2018
Mai | Juni

<https://doi.org/10.5771/0947-9856-2018-3-113>

Generiert durch IP '3.15.17.249', am 27.07.2024, 09:09:55.

Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Inhalt

Auf ein Wort...

Entwicklungslinien, Handlungsfelder und widerstreitende Handlungsimperative der Digitalisierung in Politik und Verwaltung

Olaf Winkel

Politik und Verwaltung erwachsen aus dem Übergang zur digitalen Informationsgesellschaft gravierende neue Herausforderungen, die sich zum erheblichen Teil nur im Zusammenwirken mit anderen gesellschaftlichen Akteuren und in internationaler Kooperation bewältigen lassen. Dabei verdienen Bereiche, in denen widerstreitende Handlungsanforderungen die Bearbeitung gesellschaftlicher Probleme zu einem Balanceakt werden lassen, die verstärkte Aufmerksamkeit der Verantwortlichen und bedürfen einer systematischen wissenschaftlichen Aufarbeitung. Besonders deutlich wird dies angesichts des mit fortschreitender Digitalisierung zunehmend spannungsgeladenen Verhältnisses zwischen der Notwendigkeit, die Privatheit als Grundlage bürgerlicher Freiheit zu schützen, und dem Erfordernis, die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten.

Die Eckwerte des Regierungsentwurfs des Bundeshaushaltes für 2019 und der Finanzplan bis 2022

Patrick Eckner

Die Eckwerte des Regierungsentwurfs des Bundeshaushaltes für ein Kalenderjahr und der Finanzplan für die kommenden vier Jahre werden von der Bundesregierung stets ein Jahr im Voraus gemäß §50 Abs. 1 Haushaltsgrundsatzgesetz (HGrG) beschlossen. Aufgrund der Verbindlichkeit und der Maßgeblichkeit der darin beschlossenen Informationen für das weitere regierungsinterne Aufstellungsverfahren gemäß §50 Abs. 7 HGrG wird im vorliegenden Beitrag die Annahme getroffen, dass die Fähigkeit zur frühzeitigen Abschätzung eben dieser Finanzpläne im Erkenntnisinteresse für die Finanzplanung eines jeden Ressorts liegt. Diesbezüglich wird im Folgenden ein stochastischer Ansatz zu eben dieser Abschätzung am Beispiel des Ressorts im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) unter der Berücksichtigung risikoanalytischer Überlegungen vorgestellt.

Public Private Partnerships aus Sicht der Verwaltung

Christian Bauer/Rahel M. Schomaker

Kooperationen zwischen dem öffentlichen Sektor und privaten Unternehmen – sog. Öffentlich-Private

- 114** Partnerschaften (ÖPP) oder Public Private Partnerships (PPPs) – gehören mehr und mehr zur Realität in vielen Staaten, wenn auch die letzten Jahre eine zeitweilige Beruhigung der in Teilen emotional geführten öffentlichen Debatte mit sich gebracht haben. In der Europäischen Union und anderen Industriestaaten sowie in Entwicklungsländern ist seit über 40 Jahre ein Trend zugunsten des Einbezugs privater Unternehmen bei der Erbringung öffentlicher Leistungen in nahezu allen Sektoren zu beobachten. Zwar lässt sich im Gefolge der Wirtschafts- und Finanzkrise eine verstärkte Rückbesinnung auf die staatliche Eigenerledigung öffentlicher Aufgaben, insbesondere im kommunalen Bereich, feststellen, jedoch führen Restriktionen der öffentlichen Haushalte dazu, dass – wohl auch in Zukunft – ein Rückgriff auf private Erfüllungsbeiträge verstärkt diskutiert wird. Trotzdem bestehen insbesondere im Bereich der konkreten Umsetzung durch die Verwaltung Hemmnisse, welche eine erfolgreiche Nutzung von PPPs verhindern. Der vorliegende Beitrag fokussiert diese auf empirischer Basis und geht insbesondere der Frage nach, wie Verwaltung konkret mit möglichen mit PPPs verbundenen Hemmnissen umgeht.

Technologiezentren in der Aachener Region – Retrospektiven und Perspektiven

131

Axel Thomas

Kaum ein anderes Instrument der kommunalen und regionalen Wirtschaftsförderung hat in Theorie und Praxis über mehrere Jahrzehnte in den alten wie in den neuen Bundesländern so viel Beachtung und Verbreitung gefunden wie die Technologie- und Gründerzentren (TGZ). Mittlerweile ist seit dem Bau des ersten TGZ ein Zeitraum von mehr als 30 Jahren vergangen. Die TGZ haben insgesamt wichtige und unbestrittene Beiträge zu der Daueraufgabe Strukturwandel geleistet. Allerdings sind viele der ursprünglichen Ziele in der Zwischenzeit relativiert worden (Anzahl der technologiebasierten Mieter). Die oft 30 Jahre alten Immobilien müssen sich zukünftig genau wie ihre Mieter den marktlichen Trends anpassen, denn die wenigsten Zentren bieten den Büroraum der Zukunft und sind Repräsentanten der Innovationskultur.

Mitteilungen

147

Impressum

158

139